

## **20. Parteitag der DKP, 2./3.3.13**

Schriftlich eingereicherter Redebeitrag Ulla Eplle, München

In seiner Rede zur Nation am 13.2.13 hat sich US-Präsident Obama für eine Freihandelszone zwischen der EU und den USA ausgesprochen. Ein Projekt, das seit längerem geplant wird, soll nun zügig umgesetzt werden. Doch bereits bisher sind die beiden Wirtschaftsräume eng wirtschaftlich, politisch, militärisch und kulturell verflochten. Die Europäische Union und die USA erwirtschaften bereits jetzt die Hälfte des Weltsozialprodukts.

Mit der Abschaffung der Zollschraken für den transatlantischen Handel sollen Investitionen in der Produktion, Eigentum an Unternehmen und Kapitalverkehr noch zusätzlich erleichtert werden. Von einem Wachstum von 0,5 bis 1,5 Prozent ist die Rede. Dabei floss bisher bereits die Hälfte der US-amerikanischen Direktinvestitionen in die EU, und umgekehrt floss annähernd die Hälfte der EU-Direktinvestitionen in die USA. Das führte zu einer bisher nicht gekannten Vernetzung der Volkswirtschaften.

Was käme mit der Umsetzung dieses seit längerer Zeit, geplanten, Vorhabens auf uns zu?

Bei diesem Transatlantischen Freihandelsabkommen (TAFTA) geht es einerseits um Wettbewerbsvorteile gegenüber Konkurrenten aus anderen Regionen, hier spielt neben China auch Japan eine Rolle, und es geht vor allem um einheitliche Richtlinien, z.B. bei Agrarprodukten, Arzneimitteln oder der transatlantischen Ausschreibung der Wasserversorgung.

Noch weiter verschärfen wird sich der Standortwettbewerb der transnationalen Konzerne mit weiterem Druck auf Arbeits-, Lohn- und Sozialstandards und dem Auspielen von Belegschaften, regionalen Verwaltungen und Regierungen, um die besten Bedingungen für das Kapital zu erreichen.

Am Beispiel der geplanten EU-Wasserprivatisierung möchte ich hervorheben, wie wichtig ein gemeinsames, europaweites, grenzüberschreitendes Vorgehen von Bündnissen ist. Lokal arbeiten und verankert sein und europaweit vernetzt sein und für die gleichen Interessen europaweit kämpfen, das ist die heutige, politische Rangehensweise, die wir auch zur Verhinderung des Freihandelsabkommens anwenden müssen.

Nun zum Wasser: Wasser darf nie der Profitlogik unterliegen. Kein Rohstoff ist so bedeutend wie Wasser, es werden Kriege darum geführt. Der Zugang zu sauberen Wasser gilt als ein Menschenrecht und Wasser ist mehr als nur ein Grundprodukt, wir brauchen es für die Landwirtschaft und für die Energie. Für viele Menschen ist es eine Selbstverständlichkeit: Wasser kommt aus der Leitung und verschwindet im Abfluss. Das ist genau der springende Punkt, denn in den Industrieländern wächst der Bedarf an Sanierungen alter Netze und Anlagen. Das Verteilungsnetz ist gigantisch. Allein in Deutschland ist das Wasserrohr- und Kanalisationsnetz so lang, dass es die Erde 13 Mal umwickeln könnte. Insgesamt wird das Marktvolumen für alles, was mit Wasser zu tun hat, auf eine halbe Milliarde Dollar im Jahr

geschätzt. Beim Bau von Anlagen und Wasserwerken, beim Versorgungsnetz und den Dienstleistungen rund ums Wasser, sind die global agierenden französischen Konzerne Veolia und Suez, führend. Aber europäische und amerikanische Konzerne konkurrieren bereits um die riesigen Märkte weltweit. Dass sie nicht nur Gegner\_innen der Wasserprivatisierung bekämpfen, sondern auch Filmemacher die ihre korrupten Machenschaften aufdecken, zeigt das Vorgehen von Veolia und Suez gegen den Film „water makes money“, der soll verboten werden.

Nun hat sich eine europäische Bürgerinitiative dazu gebildet, die mit einer europaweiten Unterschriftenliste die Privatisierung verhindern will. Warum sollen Kommunist\_innen nicht in Initiativen, in denen auch der europäische Gewerkschaftsbund für den öffentlichen Dienst vertreten ist, für ihre politische Arbeit nützen und öffentliche Debatten in Gang setzen?

Es wäre die Aufgabe einer avantgardistischen Partei, diesen Protest an vorderster Front mitzutragen und zu unterstützen. Aber der Parteivorstand der DKP hat keine Initiative zur Unterstützung dieser europaweiten Initiative gegen die Wasserprivatisierung ergriffen. Wohl weil er auch die Beteiligung an der Europäischen Bürgerinitiative der Europäischen Linken für die Schaffung einer öffentlichen, demokratisch kontrollierten, europäischen Bank abgelehnt hat, als ein Instrument der Herrschenden, angeblich weil sie zur Integration der oppositionellen Kräfte beitragen würde oder es eine Illusion wäre, auf europäischer Ebene zu kämpfen, denn der Feind steht im eigenen Land.

Meine Frage an den künftigen PV ist, wie greifen wir ein, um die Gefahren einer US-EU Freihandelszone abzuwehren und damit starken Eingriffen in weitere Privatisierungen öffentlicher Güter vorzubeugen?

Eine Antwort darauf kann nicht die im Berliner Antrag enthaltene Forderung sein, eine Abwehrfront gegen die deutsche Monopolbourgeoisie aufzubauen, da kommen wir nicht weiter, auch wenn die Phrase gebetsmühlenartig auf einer halben Seite Text 10mal angeführt wird oder nur vom deutschen Imperialismus gesprochen wird und die EU nur einmal im Zusammenhang mit antifaschistischer Agitation angeführt wird. Wenn wir Mitglieder gewinnen wollen, dann müssen wir normal sprechen und keine Phrasen dreschen.

Wir müssen uns an den europaweiten Aktivitäten beteiligen und den dabei beteiligten Organisationen u.a. die Rolle des transnationalen Kapitals aufzeigen.

Bei der Mitarbeit in Bewegungen dürfen wir uns nicht selbst beschneiden. Vor mehr als 100 Jahren haben Kommunist\_innen in Arbeiterbildungsvereinen, aber auch Sport- und Gesangsvereinen für unsere Sache gewirkt, heute sind es die Sozialforumsbewegung u.a., wo wir uns, neben der Gewerkschaft einbringen können und müssen. *Auch ohne Zitate nennen zu können bin ich mir sicher, dass es im Sinne unserer Klassiker wäre.*